



HAMBURG ANZEIGER

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder



Nr. 38

Das Blatt erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis 3 Mk. pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Grosch-Str. 1, Freitag, Nordstr. 246.

Hamburg, den 18. September 1920

Anzeigen kosten die fortgeschaltene Non-
pareilleseite oder deren Raum 1,20 Mk.
(Der Betrag ist stets vorher einzulösen.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Erkennen, was ist!

Die Arbeiterschaft hat in ihren Gewerkschaftskämpfen schon manches schwere Schicksal erduldet. Folgender Vorgang gehört auch heute, im aufgeklärten Zeitalter der Gewerkschaftsbewegung, nicht zu den Seltenheiten: Man hört, daß in irgendeinem Orte irgendeine Arbeiterkategorie den Streik proklamiert hat. Man fragt und fragt bei anderen Arbeitern herum, sie hatten diesen Streik für keine besondere Klugheit und prophesien einen schiefen Ausgang; man fragt die Streikenden selbst, und diese erklären, daß der Streik durchaus günstig für sie und baldigt mit einem vollen Siege der Arbeiterschaft enden werde. Man macht Einwände, sie werden widerlegt. Und nach Wochen oder Monaten hört man dann, daß der Kampf mit einem mageren Resultat oder einer glatten Niederlage beendet ist.

Solche Dinge erlebt man bis in die neueste Zeit. Das dauert einen jedesmal, und man glaubt, daß es nun doch wohl des Behagens genug sein könnte. Aber dieser Optimismus wird bald wieder durch ein Vorkommnis gleichen Kalibers gestört. Und man muß sich sagen, daß ungezählte Summen auf diese Weise ohne sichtlichen Erfolg zum Kauf gehen, Gelder, die der Arbeiterschaft zu samstägigen großen Freuden und Opfern geleistet haben. Und man kommt zu dem Schluß, daß alles aufgegeben werden müsse, doch! Nicht in die leere Luft für alle Zeiten zu vermeiden.

Gerade, der Fall ist sehr gut denkbar, daß eine Arbeiterschaft bei einem Geschäftserfolg systematisch gesteuert, daß sie auf jede Art zu gewinnen versucht wird, daß alles Verhandeln nicht nützt und sie auf den Weg des Streikens gedrängt wird. In einem solchen Falle handelt es sich dann weniger um den durchschnittlichen Erfolg, sondern darum, dem Feinde auf jede Weise zu schaden, die Waffe des Streiks ist dann die ultima ratio der Bedrängten. Dieser Fall wäre bei unserer Betrachtung auszuweisen, wie ja auch sonst jeder Angriff des Unternehmertums auf erworbenen Vorteilen der Arbeiter haben möglichen Widerstand der Gewerkschaft rechtfertigt.

Was uns hier beschäftigen soll, das ist der Umstand, daß die Arbeiterschaft in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges immer noch zu wenig ihre dadurch geschwächte gewerkschaftliche Position erkennt und vielfach ohne zu wägen magt, daß sie sich vom Gefühl leiten läßt, die eigene Macht höher einschätzt, als sie in Wirklichkeit ist, die treibenden wirtschaftlichen Kräfte wenig oder nur oberflächlich beachtet und einschätzt und dann Enttäuschungen ausgeht, die wieder auf den Bestand der Organisation nach auf ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse günstig wirken. Das ist ein Krebsknoten, der gar nicht oft genug beleuchtet werden kann; denn von seiner Befestigung hängt ab das Gedeihen der Gewerkschaften und damit das Tempo des wirtschaftlichen Aufstiegs der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterschaft muß die unabweisbare Wahrheit erkennen lernen, daß mit dem Nachlassen der Geschäftskonjunktur die Stoßkraft der Gewerkschaft sinkt, und daß die letztere in solchen Zeiten alle Kräfte konzentrieren muß auf Erhaltung der in besseren Zeiten besetzten Positionen. Das ist aber leider vielfach nicht der Fall. Die Arbeiter fühlen, daß ihre Lage der Verbesserung bedarf, und glauben, daß sie jedergelt den freigelegten Vorteilen nachgehen können. Sie beachten dabei weder die allgemeine Geschäftslage noch die nächsten Zukunftsaussichten des Gewerks. Und so kommt es denn, daß sie Kämpfe wagen, denen schon von vornherein der Stempel des Scheiterns aufgedrückt ist.

Es ist hochzeit Aufgabe der Arbeiter, vor allem ihr eigenes Wirtschaftsgebiet genau zu beobachten. Sie müssen erkennen, was ist. Sie dürfen sich nicht den Verlauf einer Bewegung vorzeichnen, wie sie ihn sich wünschen, sondern sie müssen alle wirtschaftlichen Momente in Betracht ziehen und danach ihr Handeln einrichten. Sie dürfen wie die eigenen Positionen ohne genaue Erwägung als

günstig und die Nachmittel und Positionen des Gegners gering einschätzen. Das führt in der Regel zu Trugschlüssen und zu herben Enttäuschungen.

Und noch ein anderes: Man ist manchmal erstaunt über das gesunde Urteil eines Arbeiters einer Bewegung gegenüber, wenn er selbst daran nicht beteiligt ist. Vielfach hört man es bedauern, falls der Streik dennoch ausbricht, und folgerichtig hört man das Urteil, daß der Kampf keinen guten Ausgang nehmen werde. Bei dem am Kampf direkt beteiligten Arbeiter ist jedoch die Ansicht die entgegengesetzte. Diese Verschiedenheit der Meinungen resultiert aus dem Umstand, daß der eine an der Bewegung unbeteiligt, während der andere daran direkt beteiligt ist. Und hier machen wir die Feststellung, daß der direkt Unbeteiligte ein bei weitem nüchternes und — richtigeres Urteil hat als der direkt am Kampfe Beteiligte. Der erstere läßt den Köhnen Verstand walten, der letztere überläßt seinen Gefühlen die Vorhand. Umgekehrt wäre es natürlich richtiger.

Der Arbeiter muß lernen, in seinen eigenen Angelegenheiten ebenso kühl zu rechnen wie der daran Unbeteiligte. Er muß vor allem in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges die Möglichkeiten des Gelingens einer Bewegung noch sorgfältiger abschätzen als in Zeiten der Hochkonjunktur. Er muß die Zukunftsaussichten des Gewerks prüfen, muß seine Positionen in jeder Weise abwägen, um späteren bitteren Enttäuschungen vorzubeugen. Denn was ist erreicht, wenn ein Kampf unglücklich ausläuft? Große Summen Arbeitergehälter, mühsam gesammelt, sind nutzlos verpulvert und — was vielfach schon die Erfahrung gelehrt hat — die Organisation selbst hat einen Stoß erhalten, von dem sie sich oftmals nur sehr langsam erholt. Der Anfang eines solchen Kampfes ist leicht, der Abschluß bedrückend und von schweren Folgen begleitet. Vielfach wird dadurch die spätere gute Gelegenheit verpaßt. Und das alles, weil die eigene Position überschätzt und die des Gegners unterschätzt wurde.

Erkennen, was ist! Das ist der Schlüssel, den jeder aus solchen bedauerlichen Vorkommnissen ziehen muß. Erkennen, daß die Gewerkschaft nicht mit Allmacht ausgestattet und nur ein schwaches — wenn auch unentbehrliches — Werkzeug ist, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse den Arbeitern günstig sind. Welche Zurückhaltung jedoch, wenn das Gegenteil der Fall ist, und sorgfältiges Schützen der Organisationskraft für spätere bessere Zeiten. Und nicht haben mit dem Geschick, wenn die Verhältnisse ungünstig liegen und schließlich die „Schuld“ der Gewerkschaft oder deren Beamten ausbürden, sondern ruhige Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge, wie in gewerkschaftlichen Dingen das Gefühl, sondern stets den Verstand obwalten lassen.

Erkennen, was ist! Wer das befolgt, läßt sich vor Enttäuschungen. Und dies ist ihm zum Vorbehalt und seiner Gewerkschaft, die Niederlagen meldet dort, wo sie voraussehen sind, und den Kampf dort magt, wo ihm der Erfolg winkt. Der Arbeiter gewinnt dadurch ein größeres Selbstvertrauen und seine Gewerkschaft gewinnt dabei das Vertrauen der Mitglieder; beiden ist geholfen und beider wird dann jemals enttäuscht sein.

An die Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter.

Werte Kollegen! In den Jahren während des Krieges und nachdem sind im Reich, in Preußen, Baden und Sachsen-Weimar eine Zahl von wertvollen Schutzmaßnahmen für die Arbeiter des Baugewerbes geschaffen worden, die entschlossen zur Durchführung gebracht werden müssen. Im weiteren hat die Tiefbau-Berufsgenossenschaft ihre Unfallüberhütungsvorschriften umgestaltet. Solche Maßnahmen dürfen nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, sondern müssen sich in der Praxis durchsetzen. Hierbei treten in den Vordergrund die dahingehenden Bestimmungen der Ministerialverträge für Preußen, und

1. Bestimmungen für Ausführung von Bauwerken aus Beton und Eisenbeton, vom 18. Januar 1918. (Verlag W. Ernst & Sohn, Berlin W 68, Wilhelmstraße.)

2. Ministerialvertrag betreffend den Entwurf einer Polizeiverordnung über den Schutz bei Eisenbauten, vom 1. Februar 1917. (Verlag W. Ernst & Sohn, Berlin W 68, Wilhelmstraße.)

3. „Grundzüge zu einer Polizeiverordnung, betreffend Schutzvorrichtungen bei Bauten, vom 5. November 1919.“ Diese Grundzüge fordern das Verbot des „Lieber-die-Hand-mauern“ bei Gebäuden von mehr als 8 m Höhe bis zum Dachgesims. Nach dem Erlass einer diesbezüglichen Polizeiverordnung durch den Regierungspräsidenten der maßgebenden Kreis- oder Gemeindebehörde muß den Unternehmern des Maurergewerbes eine Frist von 2 bis 3 Monaten zur Anschaffung des erforderlichen Werkstoffmaterials gegeben werden. Welche Bedeutung einer derartigen Polizeiverordnung gegen die Absturzgefahren der Bauarbeiter und besonders der bei Dacharbeiten Beschäftigten ausgesprochen werden muß, darüber braucht wohl hier kein Wort gedehnt zu werden. Die anmahenden Gegenmachinationen der Unternehmer sind auf keinen Fall zu beachten. Der Erlass ist seinerzeit in der Fachpresse veröffentlicht worden.

4. Vom 1. Juli 1918 an sind die abgedruckten Unfallverhütungsvorschriften der Tiefbau-Berufsgenossenschaften in Kraft getreten, die eine Zahl von wertvollen Neuerungen enthalten. Solange für den Tiefbau besondere reichs- oder landesgesetzliche oder sonst polizeiliche Bestimmungen nicht bestehen, haben die berufsgenossenschaftlichen Vorschriften Gesetzeskraft wie in Preußen und andern Bundesstaaten. (Verlag Tiefbau-Berufsgenossenschaft Berlin-Wilmersdorf, Habelberger Straße 10.)

5. Das Reichsarbeitsministerium hat unter dem 26. Juli dieses Jahres eine Verordnung zum Schutze der Preussischer Arbeiter erlassen, die im „Reichsgesetzblatt“ Nr. 148 bekanntgegeben und am 1. Oktober in Kraft treten soll. (Das „Reichsgesetzblatt“ wird nur durch die Postanstalten vermittelt, auch für einzelne Nummern.)

6. Zu beachten sind insbesondere die reichs- und landesgesetzlichen Schutzvorschriften gegen die Gefahr der Blei- und Farbstoffe. Hierzu gehören auch die „Grundzüge für die Ausführung von Anstreicharbeiten in Schiffsräumen“ vom Februar 1918, wodurch auch den Explosionsgefahren gefährlicher Gase entgegengetreten werden soll. (Die Bezirksleiter, Bevollmächtigten und Vertrauenspersonen des Malerverbandes werden gern bereit sein, hierüber die nötigen Informationen zu geben.)

7. Die Erweiterung der Dichtung der Herbst- und Winterbauten für die Zeitdauer von 6 Monaten, vom 1. Oktober bis 1. April, durch die bauliche Verordnung vom 26. März 1919, betreffend den Schutz der bei Bauten beschäftigten Personen, und durch den Ministerialerlass vom 11. Juni 1920 für Preußen ist eine Errungenschaft von Tragweite. Der letztere Erlass ist in der Fachpresse gleich nach der offiziellen Bekanntgabe zu dem Zweck veröffentlicht worden, um diesen Schutz gegen die Erkältungskrankheiten noch in diesem Jahre in Kraft treten zu lassen. Die Vertrauenspersonen müssen daher durch Eingaben an die Behörden umgehend dafür Sorge tragen, daß diese Änderungen der „Grundzüge für Polizeiverordnungen über Arbeiterfürsorge bei Bauten“ durch die in Betracht kommenden Behörden sofort veranlaßt wird. — Auf Grund einer Ministerialverordnung „Arbeiterfürsorge auf Bauten“ vom 4. Oktober 1919 für Sachsen-Weimar soll in diesem Bundesstaat dieser Schutz für die Zeitdauer vom 15. Oktober bis 1. April zur Geltung kommen.

8. Eine ganz besondere Beachtung verdienen die in der Bauarbeiterverordnung für Baden und in dem Ministerialerlass für Sachsen-Weimar und für Preußen vorgesehenen Maßnahmen, betreffend die obligatorische Anstellung von Baukontrollleuten. Für Preußen datiert dieser Erlass vom 18. Dezember 1918, zu dem unter dem 30. August 1919 das „Muster zu einer Dienstvereinbarung für Arbeiterkontrollleute auf Bauten“ von dem derzeitigen Staatskommissar für Wohnungsfragen herausgegeben ist. In dem Fördern von Baukontrollleuten für die einzelnen Orte, Kreise usw. darf auf keinen Fall erlahmt werden. Die von ministerieller Seite zugestanden wurde, sollen die Schwierigkeiten und Hindernisse bei diesen Anstellungen in bezug auf Lohn oder Gehalt, Tagesblättern, Fahrgebelde und was sonst dem entgegengestellt wird, möglichst durch Ausführungsbestimmungen beseitigt werden. Zu diesen Schwierigkeiten gehören auch die in neuerer Zeit gemachten Einwendungen, die das „Fürsorgeamt für Beamte aus dem Grenzgebieten“ (Unterbetrie-

gungsbefehl vom 30. März 1920) dasgibtigen wirt. Die Herrschaften scheinen sich dem mehr demokratischen Inhalt des Ministerialerlasses vom 18. Dezember 1918 noch nicht angeeignet zu haben. — Die Bekanntgabe der zu erwartenden Ausführungsbestimmungen wird in der Fachpresse erfolgen.

Eine Zahl von weiteren landesgesetzlichen und ordnungspolizeilichen Schlußvorschriften liegt noch aus, deren Veröffentlichung aber in der aller nächsten Zeit zu erwarten ist.

Die Bauarbeiter Deutschlands verlangen Schutz für Leben und Gesundheit, und dazu ist die allseitige Mitarbeit der Reichsregierung und besonders der Landesregierungen (Vertriebsräte) dringend erforderlich. Die Ehre und die Selbstachtung aller Bauarbeiter wird zweifellos hier ein einheitliches Handeln diktiert müssen!

Berlin, im September 1920.

Mit Gruß

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

(Sozialpolitische Abteilung)

J. A. G. Heine.

Falsche Wege zum Preisabbau.

Vor kurzem faßte eine Versammlung der Nürnberger Gewerkschaftsfunktionäre, Bezirksräte und Vertrauensleute gegen wenige Stimmen den Beschluß, die Reichsregierung aufzufordern, sofort einen Preisabbau von 50 % auf alle Lebensbedürfnisse zu bewirken. Wenn dem nicht entsprochen wird, soll der General- und Streik erklärt werden. Die „Münchener Post“ nimmt unter obiger Überschrift zu diesem weitgehenden Beschluß eingehend Stellung und führt aus:

In diesem Beschlusse offenbart sich die gewaltige Not der Zeit, aber auch die unzureichende Einsicht in die Zusammenhänge der wirtschaftlichen Erscheinungen. Schon die Ergebnisse der Zwangswirtschaft, die trotz der aus öffentlichen Mitteln geleisteten Zuschüsse die Preisbewegung nach oben nicht aufhalten konnte, sollten einen deutlichen Fingerzeig dafür geben, daß sich Preise von Amts wegen überhaupt nicht drosseln lassen. Die Sache scheint wichtig genug, das bisher von den Theoretikern nicht gelöste Preisproblem einer flüchtigen Betrachtung zu unterziehen. Die Preisentwicklung der letzten 2 Jahrzehnte zeigte schon eine andauernde fast gleichmäßige Aufwärtsbewegung aller Preise. Ohne Unterbrechung vollzog sich diese Bewegung seit dem Jahre 1906. Es stiegen die Indizes nach Schmitz für Nahrungsmittel in Deutschland von 1906 bis 1911 von 108 auf 120, nach der Reichsstatistik von 109 auf 124. Für England stellt sich die Aufwärtsbewegung nach den Indizes des Handelsamts im gleichen Zeitraum in den Jahren 97:103, für die Vereinigten Staaten von 1898 bis 1907 in einer Steigerung von 84:118 dar. Es würde zu weit führen, hier den Ursachen der beständigen Entwertung der Kaufkraft des Geldes nachzugehen. Sie sind vielfach verästelt, wurzeln aber in der zunehmenden Entwicklung der nationalen kapitalistischen Wirtschaft zur Weltwirtschaft. Diese weltwirtschaftliche Tendenz des Kapitalismus kann durch besondere nationale Verhältnisse, wie zum Beispiel die deutsche Schutzollpolitik, gestärkt, aber auch gemildert werden. In Deutschland wurde sie verstärkt durch die Abzerrung vom Weltmarkt, die sinkende Valuta und das Versäulen Friedensbittat. Infolgedessen leben wir in einem Lande, das aus sich selbst einen Teil seiner Bevölkerung nur ernähren kann, wenn es sich die fehlende Quote der Nahrungsmittel erarbeitet. Wenn die Arbeiter die Wegdekretierung von 50 % der heutigen Preise fordern, so verlangen sie damit vollständig die Unausführbarkeit dieses Verlangens. Wollte das Reich verordnen, von heute an muß jedes lebenswichtige Erzeugnis zur Hälfte des Preises verkauft werden, so würden die Lebensmittel verschwinden, und die Bevölkerung wäre gezwungen, sie sich auf Schleichwegen zu vielfach höheren Preisen als den jetzigen zu verschaffen. Scharfe Strafen dagegen würden nur die Mißkoprie des Schleichhandels erhöhen und die Erzeugung von Nahrungsmitteln noch weiter schwächen.

Vorsicht man jedoch nach einer Erklärung jenes Nürnberger Beschlusses, so ergibt sich etwas ganz anderes. Denn es kommt darin zum Ausdruck der Widerspruch zwischen Sachlohn und Geldlohn.

Das Arbeitseinkommen des deutschen Arbeiters steht immer noch unter dem Niveau des amerikanischen, französischen und englischen Lohnempfängers, und zwar absolut und relativ. Das Gehalt der deutschen Unternehmer und ihrer bezahlten Herolde über die „hohen Löhne der Arbeiter“ soll nur die Tatsache verdeutlichen, daß die Unternehmer wohl den Anstoß an die Weltmarktpreise für ihre Erzeugnisse erreichen, den Anstoß der Löhne jedoch an die Weltmarktlöhne suchen sie mit allen Mitteln zu vereiteln. Was die Arbeiter dazu treibt, einen gewaltigen Griff in die Preisbildung zu fordern, bewirkt nur auf die nicht hat empfindlichen Widerspruch zwischen ihrem Nominallohn und ihrem Sachlohn. Wenn durch stärkeres Angebot von Lebensmitteln und Gehältern der Produktion ein Preisabbau noch nicht erfolgen, so muß einseitigen eine Ausgleichung durch Erhöhung der Geldlöhne stattfinden. Daß gleichzeitig mit allen Mitteln der willkürlichen Preistreibe in Folge der Gewinnsucht der Unternehmer und dem wucherischen Gebaren der Preistreiber Schranken gezogen werden, ist selbstverständlich. Unternehmer, die überzubildenden herauswuchern, müssen gezwungen werden, den Preisabbau durch Profitabbau einzuleiten. Wollen sie ihre Betriebe wegen Mangels an Aufträgen stilllegen, so müssen sie im gemeinwirtschaftlichen Interesse übernommen und weitergeführt werden. Denn die erste Voraussetzung jeder Produktion, der Bedarf, ist in noch nicht dagewesenem Maße gegeben. Solange aber nicht durch eine Reihe von organischen wirtschaftlichen Maßnahmen unser ganzes Wirtschaftssystem auf eine andere Grundlage gestellt wird, bleiben die Arbeiter das Recht, die Löhne der Ware Arbeitkraft in ihrem Lohne ersetzt zu erhalten.

Die Goldbede war schon immer sehr kurz; seit dem Weltkrieg, der nicht nur die staatsrechtlichen, stützlichen und materiellen Werte der Völker zerstörte, sondern auch die Währungen bis in ihre Grundlagen erschütterte, ist sie noch kürzer geworden. Überall, selbst in den Vereinigten Staaten, wo sich ein Drittel des gesamten Goldvorrates der Welt angesammelt hat, überschreitet die Papierinflationskraft das Wirtschaftsleben aller Völker, und Theoretiker stehen ihr so ratlos gegenüber wie die Praktiker. Vor dem Kriege bestand noch eine Golddeckung des Notenumlaufes der Welt von fast 70 %, jetzt sind es nur mehr 11 bis 12 %. Die seit 1918 eingetretene Abnahme der Goldproduktion infolge Arbeitermangels, Auflassung unrentabel gewordener Minen und höherer Gewinnungskosten bildet nur eine Teilursache dieses veränderten Zustandes. Die Zurückdrängung des Goldes, seine Ersetzung als Zahlungsmittel durch ungedeckte Papiergeld läßt sich nur auf die in allen Ländern eingetretene Preisrevolution und die Abkehrung ihrer fiktiven Werte zurückführen. Das Gold als Zahlungsmittel ist überall depossediert, wenn es auch sein Vglö gegen die papierene Konkurrenz noch lange bewahren mag. In seine Stelle sind die mannigfaltigen Formen des Kreditverkehrs getreten, in größtem Ausmaße das mit der Münzhoheit des Staates ausgestattete Kreditpapiergeld.

Die große Umwertung aller Werte, die der Krieg mit sich brachte, hat weittragende Folgen für die gesamte Volkswirtschaft. Schlechtes Geld bedeutet für die Lohnempfänger schlechte Löhne und eine Ausblähung der Zahlungsmittel hohe Preise. Aber da die Währungsverhältnisse immer nur Symptome der wirtschaftlichen Verhältnisse sind, so müssen die schaffenden Stände ihre Aufmerksamkeit den letzteren zuwenden. Eine gesunde Wirtschaft erzeugt auch gesunde Zahlungsmittel. Die zu kurze Goldbede und die Papiergeldüberflutung sind Zeichen einer böartigen Erkrankung der kapitalistischen Wirtschaft in der ganzen Welt. Daher denn auch der einst so lebhaft streit über Währungsfragen aus Mangel an Streitern so ziemlich erloschen ist. In seine Stelle tritt der Kampf um eine vernünftige Wirtschaftsordnung, wie sie der Sozialismus erstrebt, wo kurze Goldbeden die Menschen nicht mehr erschrecken. Dann mag die Vision des größten aller Utopisten, Morus, sich erfüllen, in dessen Utopia gewisse Geschirre aus Gold gefertigt sind und die Verbrecher goldene Ketten tragen.

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, ihre Ursachen und die Möglichkeiten ihrer Beseitigung.

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und speziell im Malergewerbe ist nicht erst eine der Kriegsfolgen, sondern schon lange Zeit vor dem Ausbruch des Krieges litt das Baugewerbe beziehungsweise die in ihm Arbeitenden unter der Erwerbslosigkeit, die sich damals vornehmlich in den Wintermonaten zeigte. Es gab auch vor dem Kriege Zeiten völliger Untätigkeit, Zeiten, in denen das dem Baugewerbe zur Verfügung stehende Kapital in rücksichtsloser Weise eingesetzt wurde, ohne daß die Nachfrage nach Wohnungen den Bedarf deckte.

In diesen Zeiten gab es auch für unser Gewerbe voll auf Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Malereigeschäfte schlossen wie die Pilze aus der Erde; auch gab es kaum Arbeitskräfte genug, um all die Wohnungen fertigzustellen. Diese Gausse in Wohngebäuden fand aber stets ihr Ende mit dem übergroßen Angebot, und die Folge war für alle Beteiligten der Zusammenbruch in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung. Wir können das Steigen und Fallen der Beschäftigungsmöglichkeiten im Baugewerbe nur als eine Begleiterscheinung im Wirtschaftsleben ansehen. Das Baugewerbe ist den Gesetzen des Auf- und Niederganges der kapitalistischen Wirtschaftsweise unterworfen; es ist ein Bestandteil dieser Wirtschaftsordnung.

Nun liegt nichts näher, als einmal in kurzen Zügen auf die für das Malergewerbe als ~~Meinungs~~ vor allem Dingen maßgebenden Verhältnisse einzugehen. Es sind dieses zweifellos die Eigentumsverhältnisse im Grundstücks- und Gebäudewesen. Selbst in unsern Reichen, in denen das Grundübel des Glucks, das Privateigentum an Dingen, die von der Allgemeinheit hergestellt und verwendet werden müssen, erkannt ist, ist der egoistische Gedanke: wie komme ich zu einem stillen Land oder wie komme ich zu einem Wohngebäude, keine bereinigte Erbschaft. Es ist dies ein Mißfall in die Feindsünderliche Anschauungsweise, die als Grundgesetz angesehen hat: so schnell wie möglich zu Besitz und Wohlstand zu kommen und sich um das Wohl und Wehe der Mitmenschen nicht zu bemühen.

Der Krieg hat diese Auffassung in verstärktem Maße wieder aufleben lassen. Sehr viele Familien sind dadurch, daß ihre Genossen in geringerer Position in der Kriegswirtschaft, sei es als ~~Militär~~, sei es als ~~Soldat~~, tätig sein konnten, zu Geld gekommen. Wir wollen auf die Art, wie dies geschehen konnte, nicht eingehen. Kurz gefaßt: Das Schieber- und Wuchererwesen, das zur Grundlage der Moral hatte, sich auf ~~Wucher~~ seiner ~~Wucher~~ zu bereichern, ist nicht ohne Einfluß auf den Häusermarkt geblieben. Als die Gerüchte vom Staatsbankrott sich verdichteten, legten viele dieser Geistes ihre durch die Not des Volkes erworbenen Gelder in Grundstücks- und Häuserwerten an. Daß diese neue Art Hausbesitzer für die Erhaltung der Wohngebäude nicht immer das nötige Verständnis aufbringen, beweist uns der Zustand der Wohnungen zur Genüge. Die Reparaturen an den Gebäuden und in den Wohnungen sind während des Krieges gänzlich eingestellt. Nur ganz vereinzelt hat man in der Nachkriegszeit die notwendigen Arbeiter ausfinden lassen. Viele Gebäude sind gänzlich verfallen, die Wohnungen vom hygienischen Standpunkt aus gänzlich ungenügend.

Es spielen noch eine Menge Faktoren in der Misere „Wohnungsbedarf“ eine Rolle, die wir hier streifen möchten. Vergessen wir nicht, daß der Staat, um den Mieter nicht der willkürlichen Ausbeutung durch den Hausbesitzer

auszusetzen, Bestimmungen herausgab, durch die die Mietzins beider eingeschränkt ist. Der hohe Mietszins des Mieters ist infolge des Wohnungsmangets gesunken. Es drückendsten empfindet aber der Hausbesitzer die ganz Schluß des Mieters erlassenen Bestimmungen. Stopp er doch seinem Mietstandpunkt, der seine Wohnung in der Miete fruchtbar findet, nicht Ausbruch verleihen. Das ist ein weisses fränk und am empfindlichsten trifft, ist aber, daß er bei Mietzins, der Geldwertverwertung entsprechend, nicht heraussehen kann. Dieses sind auch für diejenigen Gebäudeinhaber, die finanzkräftig genug sind, um Instandsetzungsarbeiten ausführen zu lassen, Gebäude genug, um die Gebäude verfallen zu lassen, anstatt irgendwie Geld zu ihrer Erhaltung aufzuwenden. Dazu kommt die drohende Überführung des Privateigentums in Gemeineigentum.

Wenn wir neben der allgemeinen wirtschaftlichen Zerrüttung, die der Mangel an allem zum Leben Notwendigen herbeiführt, diese Faktoren mit berücksichtigen, dann haben wir eine Erklärung dafür, weshalb wir beim Durchschreiten der Straßen vermorschte Fenster und zerbrochene Fassaden, beim Betreten des Hausinnern verwaiste Treppenhäuser und gesundheitsgefährliche Wohnungen vorfinden. Dann dürfen wir nicht vergessen, daß neue Wohngebäude nur ganz vereinzelt errichtet werden und diese gegenüber dem Bevölkerungszuwachs kaum in Rechnung zu stellen sind. Die Folgen des Fehlens genügender Wohnungen sind ein Überlaufen der vorhandenen und deshalb deren noch schnelleres Abnutzen.

Nur in ganz knappen Zügen haben wir die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Mängel behandelt. Um diese Mängel von allen Seiten gründlich zu erörtern, müßten wir auf den Krieg und seine Folgen tiefer eingehen. Dies kann im Rahmen eines Zeitungsartikels nicht geschehen. Wir müssen uns als denkende Arbeiter stets fragen: Gibt es keinen Ausweg aus dem Glend, in das uns ohne verkehrte Wirtschaftsordnung stürzte? Wie kommen wir heraus aus den Widersprüchen: auf der einen Seite Bedarf an Arbeitskräften und durch bestehende Eigentumsverhältnisse verhinderte Ausführung an notwendigen Arbeiten?

Die Ursachen des Mangels an allem zum Leben Nötigen, seien es Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände oder geeignete Wohnungen, liegen darin begründet, daß nicht für den Bedarf, sondern deshalb produziert wird, den Inhabern Gewinn zu bringen. Die Inhaber von Ackerland und Bauland haben dieses nicht, um den Bedarf an Lebensmitteln und Wohngebäuden zu decken, sondern deshalb, um Gewinn für sich herauszuholen. Die Inhaber von Wohngebäuden haben diese nicht, um dem Mieter unbedingt eine feinen Verhältnissen entsprechende Wohnung zu geben, sondern deshalb, um aus der Abgabe der Wohnung Gewinn zu ziehen oder die Unkosten, die durch das Bestehen entstehen, zu decken. Wohnen ist bloß, sehen wir wirtschaftliche und soziale Schäden als Ergebnis des Privateigentums derjenigen Miter, die für den Allgemeinbedarf dienen. Trotzdem große Nachfrage an Wohnungen zu bezwecken ist — Beweis: beständiger Bestand an Aufstellung der Wohnungen —, werden Wohngebäude in geringer Zahl hergestellt. Trotz des Verfalls an allen Gebäuden und der Notwendigkeit der Ausführung von Instandsetzungsarbeiten unterbleiben diese; wir sehen große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und speziell im Malergewerbe.

In unserm Gewerbe hat diese „Arbeitslosigkeit“ noch eine unliebsame Folge, das ist die „Mißarbeit“. Um nicht allzu große Unkosten zu haben, muß ein „Belannter“ die notwendigen Arbeiten ausführen. Daß dieser „Belannte“ nicht den normalen Preis nimmt, wissen wir; aber die Arbeiten werden eben fertiggestellt. Die Arbeiterorganisationen müssen dazu übergehen, von Staat und Gemeinden die Enteignung des Grund und Bodens sowie der Gebäude zu verlangen. Dann würde den Angehörigen des Baugewerbes die Möglichkeit zur Ausübung ihres Berufes zum Nutzen der Allgemeinheit gegeben. Damit wäre auch der unangenehme Begleiterscheinung der heutigen Eigentumsverhältnisse Einhalt geboten, nämlich der Nebenarbeit im Stillstande Mißarbeit genannt.

Handeln wir im Sinne der Enteignung alles Privateigentums, das gesellschaftlicher Nutzung dient, dann schaffen wir im Sinne der Menschheitsbefreiung und nicht nur in engen Berufsgrenzen. G. S.

Weiteres vom neunten Malertage in Erfurt.

Aus den Schlussverhandlungen des neunten Malertages — über die Hauptversammlung des Hauptverbandes und die erste Sitzung des Malertages berichteten wir in der vorigen Nummer des „Vereins-Anzeiger“ — ist noch folgendes nachzutragen. Herr Dr. Erding, hielt einen Vortrag über die neuen Steuern. Dann referierte Herr Hansen, Gamburg, über Rohstoffbeschaffung für das Malergewerbe. Aus seinen Ausführungen entnehmen wir nach der „Allgemeinen Malerzeitung“ nachstehende auch für unsere Kollegen jedenfalls recht interessante Angaben:

Nachdem Hedner die Ursachen und die Einrichtungen der staatlichen Bewirtschaftung der Rohstoffe, die Beschlagnahme während des Krieges von Zinn, Firnis, Terpentinöl, Gips, Kaffee, Leim usw. dargelegt hatte, schilderte er des näheren das Wesen und den Einfluß des Schleich- und Schieberhandels und beklagte den sogenannten legitimen Handel, daß er in größtem Maße und mit derselben Unverschämtheit wie die Schieber Art des Wuchers an unsern Rohstoffen schuldig gemacht habe. Die Warenknappheit und der Mangel haben zu den Selbsthilfeeinrichtungen führen müssen, die durch das Handwerk errichtete, in der Bezugsvereinigung, die zur Verteilung der vorhandenen und greifbaren Bestände auf Bezugschein, durch Gründung von Genossenschaften oder Rohstoffbörsen in fast allen Orten und durch Jubiläumnahme des deutschen Handwerks- und Gewerbetagess als Kontingenzträger für das deutsche Malergewerbe. Leim und Pflanzenleim wurde unter Beteiligung des Handels verteilt. Die Firnisverteilung nahmen wir in eigene Hand. Rund 8 Millionen Kilogramm Firnis haben wir dem Gewerbe in der Zeit der

galtigen Anwendung beschränkt, weit unter dem Schleichhandelspreisen. Jetzt ist eine Preissteigerung eingetreten. Der Firnis ist dem freien Handel übergeben worden. Die Freigabe für Holz und Holzwaren steht bevor. Die Gefahr des Wuchers ist aber noch lange nicht beseitigt. Wir fordern den freien Handel und die Befreiung der Holzwaren, aber müssen weiter Obacht geben, daß wir anständige Preise bezahlen. Das kann geschehen durch Einrichtung von Genossenschaften oder Discontostellen an allen Orten, ohne Rücksicht auf das Geschlecht des Handels. Redner legte der Versammlung die Frage vor, ob Firnis, Terpentinerschab und Spiritus auch möglichst weiter beziehungsweise neu in den Gesamtkaufplan für die Mitglieder des Reichsbundes des deutschen Malergewerbes aufgenommen werden sollen. Redner schloß: Möge man über die Zwangswirtschaft mit all ihren Mängeln denken wie man wolle, das eine steht fest, sie hat uns mit ihrem Zwangswirtschaftscharakter zur Zeit allergrößter Not gute Dienste geleistet. Als so gut wie nichts mehr im Handelsgewerbe zu haben war, haben wir jedem einzelnen Verbraucher doch den dringendsten Bedarf zu mäßigen Preisen verschaffen können. Als der Handel sich 50 M. für das Silo-gewinn Firnis bezahlen ließ, verschafften wir die Ware dem einzelnen für 18 bis 20 M. Möge das deutsche Malergewerbe sich das merken, seine Selbsthilfekraft erkennen und den gemeinsamen Warenkauf organisieren. Das wird dann auch ein Stück „Erzwingenschaft der Revolution“ sein.

Nach längerer Beratung beschloß die Versammlung, daß der Gruppeneintrag von Firnis, Terpentinerschab, Spiritus fortgesetzt beziehungsweise neu eingereicht werden soll, derart, daß der Kammerstag der Träger des Kontingents ist. Eine Reihe Anträge wurden dem Vorstand zur Gelebigung überwiesen. Im November soll der Hauptausflug erstmalig zusammenkommen, der aus Abgeordneten aller Verbände zusammengesetzt ist. Darauf schloß der Vorsitzende die Tagung mit einem Hoch auf den neuen Reichsbund des deutschen Malergewerbes.

Die Betriebsräte sind in der Lage, die Durchführung dieser Wahlen zu kontrollieren.

Wenn den Landtagsleitern eine etwas stärkere Vertretung zugestanden worden ist, so ist dies mit Rücksicht auf die Bedeutung der Landwirtschaft geschehen. Eine Majorisierung des Kongresses in irgendeiner Form ist jedoch dadurch nicht möglich. Im übrigen sind die Delegierten nach Maßgabe der Mitgliederzahl der einzelnen Gewerkschaften verteilt worden.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und der Afa. J. A.: Drolat, Rörpel.

Aus unserm Beruf.

Dortmund. Filial-Generalversammlung am 8. August. Vertreten waren die Orte: Dortmund durch 7 Delegierte, Börde durch 2, Witten durch 2, Herne durch 2 und Isern durch 2 Delegierte. Außerdem waren vom Vorstande anwesend die Mitglieder Marks als Vorsitzender, Arnberg als Geschäftsführer und Schmidt als Schriftführer. Nicht vertreten war Lünen. Ebenfalls fehlten beide Revisionen. Zum Geschäfts- und Kassabericht nahm Kollege Arnberg das Wort. Er gab zunächst einen Lebensbild über die Einnahmen und Ausgaben des 2. Quartals 1920. Die Einnahmen betragen insgesamt 28 468 M.; die Ausgaben 16 461,10 M., verbleibt mithin ein Bestand von 8001,81 M. An die Hauptkasse waren abgeführt 11 500 M. Weiter gab Redner einen Lebensbild über unsere Finanzverhältnisse, rückblickend seit Beginn des Krieges, und betonte, daß innerhalb des Zeitraumes vom 2. Quartal 1914 bis 2. Quartal 1920 an Unterstufungen 6800,80 M. seitens unsrer Filiale ausgezahlt seien. Davon an Krankenerhaltung 2022,55 M., Sterbenerhaltung 825 M., Arbeitslosenunterstützung 215,55 M., Streikunterstützung 1688 M., Familienunterstützung 678,50 M.; für Liebesgaben 252,85 M., Kinderbescherung 295,90 M., sonstige Unterstufungen 491,15 M. Das augenblickliche Filialvermögen beträgt 2558,88 M. Anschließend an den Kassabericht gab Arnberg den Geschäftsbericht. Dieser weist eine erfreuliche Entwicklung der Filiale auf. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 705 laut Buch und nach verfaßten Beiträgen 608; hieron sind 18 Weiblinge. Um unsere Finanzverhältnisse, die während des Krieges bis auf 72 3/4 zusammengeschmolzen waren, wieder einigermaßen gesund zu gestalten, mußten Beitragserhöhungen vorgenommen werden. Solche fanden statt vom Anfang 1918 an um 10 3/4, vom 4. Quartal 1918 an um abermals 10 3/4, vom 2. Quartal 1919 an um 20 3/4 und vom 2. Quartal 1920 an um 1,40 M. beziehungsweise 1 M. Ebenfalls ist unsere Organisation bemüht gewesen, die Löhne unserer Mitglieder den Lebensbedürfnissen einigermaßen anzupassen. Im Privatgewerbe stieg der Stundenlohn von 58 3/4 im Jahre 1915 auf 6,80 M. augenblicklich. Die Löhne in der Industrie sind zum Teil höher, weshalb auch eine starke Abwanderung nach dortin Platz gegriffen hat. Infolge Vespergestaltung unserer Lage mußte mehrmals zur Arbeitseinstellung geschritten werden. So zum Beispiel auf der „Union“, „Hösch“ und „Wöhlig“, wo die Mitglieder gemeinschaftlich mit den übrigen Bauern die Einführung der im Privatgewerbe gültigen Tarifverträge forderten. Wenn auch unsere Wünsche nicht im vollen Umfange befruchtet wurden, so wurden doch erhebliche Verbesserungen für unsere Mitglieder herausgeholt. Ebenfalls kam es in Witten zur Arbeitseinstellung, weil die Arbeitgeber den Tarifvertrag nicht anerkennen wollten. Diese Arbeitseinstellung endete mit einem vollen Erfolg unserer dortigen Mitglieder. In den Lohnverhandlungen, die für das gesamte Gebiet in Essen stattfanden, nahmen abwechselnd die Kollegen Wüfer, Pilgendorf und Arnberg teil. Weiter kommt Redner noch auf die Anstellung eines Geschäftsführers der hiesigen Filiale zu sprechen, desgleichen berührt er die Wahl und Tätigkeit der Betriebsräte sowie die Agitation im allgemeinen und schloß seinen Bericht mit der Aufforderung an die Delegierten zur weiteren neuen Mitarbeit. Nachdem noch verschiedene Anträge über einzelne Ausgabenposten seitens des Kassierers zur Zufriedenheit beantwortet worden waren, erteilte die Generalversammlung auf Antrag des Vorsitzenden dem Kassierer einstimmig die Entlastung. Zu Punkt 2, Beratung des Ortsstatuts, wurde daselbe nach dem vorliegenden Entwurf unter unpesentlichen Abänderungen angenommen. Im § 2 Ziffer 2 wurde in der dritten Zeile das Wort „besonderen“ gestrichen. Desgleichen wurde im selben Paragraphen Ziffer 4 festgelegt, daß über besondere Ausgaben in Höhe von über 200 M. die Generalversammlung zu beschließen habe. Dem Vorstande wurde die Ermächtigung, über Ausgaben bis zu 150 M. entscheiden zu können, erteilt. Ein Antrag der Mitgliederversammlung Dortmund, daß Anträge zur Generalversammlung 14 Tage vorher bei der Filialverwaltung eingereicht werden müssen, damit diese sämtlichen Zahlstellen zur Kenntnisnahme und Diskussion unterbreitet werden könnten, wurde abgelehnt. Infolge der hohen Kosten soll vorläufig davon Abstand genommen werden, das Ortsstatut drucken zu lassen. Unter Punkt 3, Tarifangelegenheiten, bereitete sich Kollege Arnberg kurz über die Innehaltung des Tarifs sowie die Ausgestaltung desselben im allgemeinen. Er ist der Ansicht, daß danach hingestrebt werden müsse, dem Vertrag mehr Elastizität zu geben. Auch müsse den einzelnen Orten mehr Bewegungsfreiheit eingeräumt werden. Er ist für Schaffung eines Manteltarifs auf genereller Grundlage, jedoch müsse die innere Ausgestaltung den einzelnen Orten überlassen bleiben. Die Delegierten stimmten den Ausführungen zu. Unter Punkt 4 wurde vom Kollegen Marienburg gewünscht, daß als Berichtstatter über die Generalversammlung der Kassierer für den Kassabericht in Frage kommen müsse, da solches von diesem am besten erläutern ausgeübt werden könne. Diesem Wunsche wurde zugestimmt. Von der Filialverwaltung wurde beantragt, die Jahreskosten für einen demnächst stattfindenden Lehrlingsausflug aus der Filialkasse zu bestreiten. Nach kurzer Debatte wurde diesem Antrage zugestimmt.

Darmit war die Tagesordnung erschöpft. Nach kurzem Schlußwort des Vorsitzenden schloß er die Generalversammlung.

Schwerte. Am 10. August fand hier eine Zusammenkunft der hiesigen Kollegen statt, die sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigte. Kollege Arnberg, Dortmund, stellte die hier bezahlten Löhne mit denen an anderen Orten üblichen in Vergleich und betonte, daß es wohl kaum einen zweiten Ort von der Bedeutung wie Schwerte gebe, wo derartig niedrige Löhne gezahlt würden. Wenn bei den heutigen teuren Verhältnissen Stundenlöhne von 4,50 M. für beste Arbeiter gezahlt würden, dann müßte man sich doch fragen, wie es möglich wäre, hiervon existieren zu können. Um die Lage zu verbessern, gebe es nur ein Mittel, und zwar dasjenige, sich zu organisieren. Würden sich die Kollegen der Organisation anschließen, dann sei es auch möglich, bessere Verhältnisse zu schaffen. Die Anwesenden sahen dies auch ein und traten reiflos der Organisation bei. Es wurde gleichzeitig beschlossen, zwecks Verbesserung der Löhne an die Arbeitgeber heranzutreten. Nachdem nun der Innung von der Gründung einer Zahlstelle Kenntnis gegeben wurde, wurde gleichzeitig die Einführung des Tarifvertrages von Rheinland-Westfalen mit den Dortmunder Lohnjahren gewünscht. In einer am 28. August stattgefundenen Innungsgeneralversammlung wurde beschlossen, den Tarifvertrag in allen seinen Punkten anzuerkennen. Dieser Beschluß wurde uns mündlich sowie auch schriftlich übermittelt. Also, Kollegen, hieraus ersieht Ihr mal wieder, wie schnell die Einigkeit etwas zustande bringen kann. Jetzt heißt es, dafür zu sorgen, daß auch der Tarif voll eingeführt und innegehalten wird. Jedoch muß auch danach hingewirkt werden, daß kein Unorganisierter mehr in der Lage ist, in Schwerte arbeiten zu können. Hiermit muß reiflos aufgeräumt werden. Ebenfalls muß danach hingestrebt werden, daß die auf dem Mittelwert arbeitenden Kollegen, die im Metallarbeiterverband organisiert sind, sich unserer Organisation anschließen. Nur die Berufsorganisation ist in der Lage, das Wohl und Wehe der Kollegen am besten beurteilen und vertreten zu können. Darum hinein in unsere Organisation! Unsern Mitgliedern aber rufen wir zu: Heran an die uns nach Fernstehenden, damit das Erungene auch durchgesetzt und weiter verbessert werden kann.

Der Betriebsrätekongreß.

Durch einen Teil der Arbeiterpresse laufen Notizen, die insbesondere das Wahlverfahren bemängeln. Zur Aufklärung sei hierzu folgendes bemerkt:

Die Richtlinien des A. D. G. B. und der Afa für die Zusammenfassung der Betriebsräte betreffen den örtlichen Aufbau der Betriebsräte. Zugleich besteht noch ein provisorischer Beirat von 17 Betriebsräten, der dem geschäftsführenden Ausschuss der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und der Afa beigegeben ist.

Die Bestätigung der Richtlinien für den örtlichen Aufbau erfolgt durch den Betriebsrätekongreß. Auf demselben sollen außerdem die Richtlinien für den weiteren Aufbau der Betriebsräte nach Wirtschaftsbereichen beraten und beschlossen werden. Ebenso wird auf dem Kongreß die Zusammensetzung des Beirates endgültig beschlossen und die Wahl des Beirates vorgenommen.

Die Einberufung weiterer Kongresse erfolgt dann durch die von dem ersten Betriebsrätekongreß gewählten Organe. Die Einberufung des ersten Kongresses selbst mußte naturgemäß durch die Gewerkschaften erfolgen.

Die gesamte Arbeitnehmerenschaft hat einstimmig den Willen bekundet, daß der Kongreß schnellstens einzuberufen sei. Die Einberufung ist nunmehr zum 6. und 8. Oktober erfolgt. Die Zeit zur Vorbereitung der Wahlen ist mithin von vornherein sehr kurz gewesen.

Die örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte ist noch nicht allenthalben vorgenommen. Insbesondere bestehen hierüber noch in einzelnen Teilen Deutschlands innerhalb der Arbeiterschaft prinzipielle Differenzen. Von einem Aufbau nach Wirtschaftsbereichen kann überhaupt noch nicht die Rede sein. Die Zahl der Kongreßteilnehmer ist mit 1100 bereits bis zur äußersten Grenze der Verhandlungsfähigkeit einer derartigen Körperschaft festgesetzt. Trotzdem entfällt noch nicht einmal auf jeden größeren Ort ein Delegierter, geschweige denn auf die vielen großen und bedeutenden Werke, die vereinzelt liegen. Es sei hier nur auf das Leuna-Werk oder Golpa-Bismarckwerk als Beispiele verwiesen. Derartige Werke, die eigentlich alle durch einen Delegierten vertreten sein müßten, gibt es Hunderte. Wie hätte man in der kurzen Zeit bis zur Einberufung des Kongresses ein Wahlverfahren finden sollen, das die Gewähr gegeben hätte, daß bei Wahlen durch die Industrie-gruppen wirklich alle ihrer Bedeutung entsprechend vertreten gewesen wären. Ohne Duzende von Bezirkskonferenzen wäre man bestimmt nicht auskommen. Auch dann hätte man eine Gewähr für ordnungsmäßige Wahlen nicht übernehmen können.

Auch die Kosten des Kongresses müssen in Betracht gezogen werden. Sie sind tatsächlich groß. Die Kosten für Bezirkskonferenzen hätten diejenigen für den Kongreß insgesamt noch übersteigen. Außerdem liegt die Schwierigkeit der einheitlichen Zusammenfassung der Betriebsräte zurzeit doch auch noch darin, daß eben der Betriebsrätekongreß noch nicht gesprochen hat und den augenblicklich bestehenden Richtlinien mithin die Sanktion der Betriebsräte fehlt.

Um aber nun unter allen Umständen eine ihrem Bedeutung entsprechende Vertretung aller Industriegruppen und aller Wirtschaftsbereiche herbeizuführen, werden erstmalig die Wahlen von den Gewerkschaften eingeleitet, die durch ihren Organisationsapparat in der Lage sind, eine Gewähr für die ordnungsmäßige Durchführung der Wahlen zu bieten. Die Wahlen selbst erfolgen ausschließlich durch die Betriebsräte respektive Arbeiter- und Angestelltenratsmitglieder und die Obleute der Kleinbetriebe. Es können außerdem nur im Amte befindliche Angehörige von Betriebsvertretungen gewählt werden.

Es ist nicht anzunehmen, daß den Kritikern dieses Wahlverfahrens die Schwierigkeiten jeder anderen Durchführung der Wahlen unbekannt sind. Seitens der Gewerkschaften ist andererseits noch nie behauptet worden, daß der gefundene Wahlmodus ein Ideal darstellen würde. Unter Berücksichtigung der zurzeit bestehenden Verhältnisse ist er jedoch immer noch die bestmögliche Lösung. Vor allen Dingen ist jede Gewähr einer ordnungsmäßigen Wahl gegeben und

Die Malereigesellschaft, G. m. b. H. in Hamburg.

Halt am 28. August ihre Generalversammlung ab, in der der Geschäftsführer Paul Junge den Geschäftsbericht für das Halbjahr 1920 erstattete. Die Malereigesellschaft, ein soziales Unternehmen organisierter Kollegen, hat sich zu einem Betriebe entwickelt, der den größten hamburgischen Privatbetrieben im Malergewerbe ebenbürtig ist. Der Umfang des Betriebes ist derselbe, wie er im Jahre 1914 war. Infolge der Ausdehnung des Betriebes mußte für Betriebskapital gesorgt werden. Es ist dieses durch Erhöhung der Anteile und durch Aufnahme von Darlehen bei Mitgliedern geschehen. Das Betriebskapital ist dadurch um das Dreifache erhöht worden. Die Mitgliederzahl hat sich im ersten Halbjahr verdoppelt. Es wurden in den ersten 6 Monaten für 528 174,02 M. Malerarbeiten ausgeführt, 182 922,22 M. wurden für Löhne ausgegeben. An Materialien wurden gekauft, verbraucht und bezahlt 208 961,98 M. Der Materialbestand beläuft sich auf rund 45 500 M. Als Gewinn für das erste Halbjahr kann die Genossenschaft rund 18 000 M. buchen. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Unkostenfaktor zu dem Umsatz außerordentlich niedrig sei. An dieser Entwicklung des Betriebes haben alle Mitglieder regen Anteil genommen. Die Genossenschaft ist noch reichlich mit Aufträgen versehen und weitere Aufträge sind zu erwarten. In der Aussprache betonte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, daß das Zusammenarbeiten des Vorstandes mit dem Aufsichtsrat und den Mitgliedern ein ausgezeichnetes gewesen sei. Daraufhin wurde von einigen Mitgliedern bemängelt, daß die größte Genossenschaft in Hamburg, die „Produktion“, verhältnismäßig wenig Aufträge an die Malereigesellschaft gegeben hat. Der Geschäftsführer antwortete dahingehend, daß die „Produktion“ sich anscheinend zum Grundfaktor gemacht habe, nur den Bewerbern Arbeiten zu übertragen, die das niedrigste Angebot abgegeben haben. Weil nun die Malereigesellschaft alle ihre Arbeiten nur mit guten Materialien und einwandfrei ausführt, und weil sie den berechtigten Forderungen der organisierten Geschäfte Rechnung trägt, ist es ihr schwer, jeden Kleinmeister, der es nicht so genau mit der Ausführung nimmt, zu unterbieten. Die Malereigesellschaft wird häufig von der „Produktion“ zur Abgabe von Angeboten herangezogen; doch erhält sie aus den oben angeführten Gründen nur wenige Aufträge. Auch wurde dann Klage darüber geführt, daß der hamburgische Staat für Millionen Mark Malerarbeiten hat ausführen lassen, wovon die Malereigesellschaft im ersten Halbjahre nur für rund 48 000 M. erhalten hat. Auch hierzu wurde hervorgehoben, daß beim Staat in ähnlicher Weise verfahren würde wie bei der „Produktion“. Nur das niedrigste Angebot wird berücksichtigt. Jedoch ist hier der Vergabungsmodus schuld, daß die Malereigesellschaft nicht mehr Aufträge erhalten hat. Schon oft ist von den Herren Beamten betont worden, daß sie mit allen von der Malereigesellschaft ausgeführten Arbeiten außerordentlich zufrieden seien und daß sie gern sehen, wenn die Genossenschaft noch größere Aufträge erhalten würde. Ferner kam zur Sprache, daß die Siedlungs- und Wirtschaftsgenossenschaft „Volkswohl“ in Hamburg neben andern Betrieben einen Malereibetrieb eröffnet hat und sie ist auch bereits mit einem Angebot betriebsausführender Malerarbeiten in der Bahnhofstraße Hamburg an die Öffentlichkeit getreten. Die Genossenschaft „Volkswohl“ hat aber anscheinend nicht die geeigneten Personen für Ausführung ihrer Kalkulationen; denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, für Arbeiten nur 17 000 M. in Ansatz zu bringen, die in Wirklichkeit einen Kosten-aufwand von 52 000 M. erfordern, wenn sie gewissenhaft und nach den Bedingungen ausgeführt werden sollen. Bemerkenswert sei, daß das Höchstangebot auf 148 296,24 M. gestellt war. Es wurde lebhaft bedauert, daß eine derartige Unterbietung gemacht sei. Daraus wurde erwähnt, daß nicht ein

Zusammenarbeiten beider Genossenschaften ermöglicht werden könnte. Nach weiterer sachlicher Klärung stelle der Vorsitzende des Ausschusses, Karl, fest, daß an der Geschäftsleitung nichts anzusetzen sei und daß sie es an Umsicht und Kraft nicht haben lassen. Die Materie solle auf dem Wege, ein beachtenswerter Großbetrieb zu werden. Je größer und leistungsfähiger der Betrieb sei, desto preiswerter können die Aufträge ausgeführt werden. Nachdem der Geschäftsführer Junge nochmals alle Mitglieder an die Grundzüge der Genossenschaft erinnert hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Eingefandt.

Gewerkschaften und Diktatur.

Das Wesen jeder Diktatur besteht und verbleibt stets in der Vereinigung der Machtberechtigung der Waffen. Ob die Diktatur nun von einem Autokraten, einem Oligarchen oder einer Anzahl Personen, die sich Mäkte nennen lassen, ausgeübt wird, das bleibt sich in der Wirkung, die in einer Entrechtung der Volksmassen besteht, gleich. Wir wollen nun einmal untersuchen, ob die von so vielen Proletariern geforderte Diktatur vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus zu wünschenswert ist, oder ob sie nicht vielmehr entsetzlich bekämpft werden muß. Da müssen wir zunächst fragen: Warum verlangen gewisse Kreise der Arbeiter die Diktatur des Proletariats? Die Antwort lautet: Die Diktatur ist notwendig, weil wir auf keinem andern Wege unter Ziel, die Sozialisierung des Wirtschaftslebens, in absehbarer Zeit erreichen können. Sie berufen sich dabei auf Karl Marx, der die Diktatur des Proletariats nach Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterschaft für eine gewisse Zeit als notwendig erachtet hat. Karl Marx ging aber bei seiner Voraussetzung davon aus, daß mit einer sich ins Riesenhafte entwickelnden kapitalistischen Wirtschaftsform eine ebenso rapid fortschreitende Verelendung der Massen einsetze und dann diese verelendeten Massen das Joch des Kapitalismus zu geeigneter Zeit gewalttätig abwerfen würden. Die Entwicklung hat uns aber gezeigt, daß diese marxistische Theorie über die Verelendung des Proletariats und die Vernichtung der Kleinen durch die großen Betriebe sich nicht aufrechterhalten läßt. Wenn auch viele kleinere Betriebe durch das Großkapital ihrer Produktionsmittel beraubt und somit die Inhaber dieser Betriebe proletarisiert wurden, so hat doch eben dieselbe kapitalistische Entwicklung eine andere Art von Klein- und Mittelbetrieben geschaffen, ohne allerdings den in diesen Betrieben tätigen Personen das Eigentum an den Produktionsmitteln zu überlassen; sie sind also Proletarier im vollen Sinne des Wortes, wenn auch mit teilweise sehr günstiger Lebenshaltung. Auch die Zahl der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe hat sich nicht nur nicht verringert, sondern sogar vermehrt, und gerade in den letzten Jahren hat sich die Rentabilität dieser Betriebe ganz gewaltig gesteigert, dazu kommt ein Heer von gut bezahlten Staats-, Gemeinde- und Privatbeamten. Alle diese Bevölkerungsklassen haben durchaus nicht den Wunsch nach einer gewalttätigen Durchführung der Vergewaltigung der Produktion und der Produktionsmittel.

Den mächtigsten Faktor in der Verhinderung einer fortschreitenden Verschlechterung der Lage des arbeitenden Volkes bilden jedoch die Arbeiterorganisationen. Die Arbeiter haben sich, in dem sie sich in mächtigen Verbänden vereinigten, Kampforganisationen geschaffen, durch die sie der kapitalistischen Gesellschaft in schwerem Mangel ein Zugeständnis nach dem andern auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet abgetrotzt haben, Zugeständnisse, die letzten Endes auf die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens abzielen. Eine Stütze auf diesem Weg haben wir mit dem Betriebsratsgesetz erreicht. Wir sehen also daraus, daß eine gewalttätige Umänderung unserer Gesellschaftsform nur dann angebracht ist, wenn die Arbeiterschaft wirklich nicht die Macht hat, die wirtschaftliche und politische Entwicklung so zu beeinflussen, daß die Sozialisierung in absehbarer Zeit verwirklicht werden kann. Daß sie aber so bald als möglich durchgeföhrt wird, ist eine der Hauptaufgaben der freien Gewerkschaften; sie sind es ja auch in erster Linie, die nicht nur eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats verhindert, sondern sogar eine bedeutende Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes erringen haben, eine Verbesserung, die auch heute noch, trotz einer katastrophalen Erschütterung unseres gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens, wirksam ist. Die Tätigkeit der Gewerkschaften bedeutet also einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit, sie bewegen sich damit auf dem Boden der Gleichberechtigung der Demokratie.

Das wissen die Verfechter der Diktatur und sie haben darum schon Monate lang alle Hebel in Bewegung, um einen Teil in die Gewerkschaftsbewegung zu treiben, sie zu sprengen und damit zur Unmöglichkeit zu bringen. Die Vorkämpfer der Diktatur gehen aber von der Erwägung aus, daß eine gewalttätige Durchführung ihrer Bestrebungen um so viel leichter ist, als sich die Lebenshaltung der Bevölkerung verschlechtert. Sie wissen genau, daß ein hungernder Mensch leichter zu einem Gewalttätigen zu verführen ist als einer, der noch über eine gewisse Wohlhabenheit verfügt. Aus diesem Grunde ging die ganze Tätigkeit der Anhänger der Diktatur seit dem 9. November 1918 dahin, alle Veruche des wirtschaftlichen Aufbaues des Deutschen Reiches zu sabotieren, um den schleunigsten Zusammenbruch alles noch Bestehenden herbeizuföhren und damit das Passivwerden des unerschütterlichen zu steigern. Das höchste Volkswohl, das ihnen in ihrer Totengräberarbeit entgegensteht, sind nun die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen, zu ihrer Ehre die freien Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben ihre vornehmste Aufgabe von jeher darin erblickt, ihre Mitglieder auf das denkbar höchste Niveau wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung zu bringen, damit sie auch unter den bestehenden Verhältnissen ein erträgliches Dasein führen können. Die Gewerkschaften müssen also ihrer ganzen Tradition, ihrem ganzen inneren Wesen nach Gegner der Diktatur sein, und wenn das stimmt, so kann auch der

einzelne Gewerkschafter kein Anhänger dieses Systems sein, wenn er die Aufgaben seiner Organisation richtig begriffen hat. Ein Gewerkschafter, der für Diktatur ist, wird stets darauf bedacht sein, die Geschäfte seiner Partei wahrzunehmen, und diese gehen, wie wir gesehen haben, auf eine Zerspaltung der Gewerkschaftsorganisationen hinaus.

Gewerkschaftliches.

Hilfsruf der Gewerkschaften Oberschlesens! An die Kopf- und Handarbeiter aller Länder richten die deutschen Gewerkschaften in Oberschlesien (Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund [freie Gewerkschaften], Arbeitergemeinschaft freier Angestellter, Deutscher Gewerkschaftsbund [christliche Gewerkschaften], Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften, Christ-Drückerische Gewerkschaften und Gewerkschaftsbund der Angestellten) durch Funkpruch diesen Hilfsruf:

Nach fladern die Flammen des zusammengebrochenen Weltkrieges. Das Schicksal und das Geschick will nicht versäumen. Raum haben wir mit dem freibildigen Kuffan begonnen, um das Elend und den Jammer durch unserer Hände Arbeit aus der Welt zu schaffen, da bedacht in unserer Heimat der Bruberkamp aus. Oberschlesische polnischsprachige Arbeiter, von Kamaklern des imperialistischen Polen verhetzt, erheben die Hand gegen den deutschen Wiltbruder. Grenzloser Schicksal gegen uns wird von den Deuten auf ihr Banner geschrieben, Morde, merkbare Greuelstaten und Grausankteten gehen von ihnen aus. Es hat den Anschein, als ob auch unser Industriegebiet Oberschlesien den Jammer und das Elend des Bergweissungskampfes kennenlernen soll. Wir haben ihnen die Hand bergelich zur Verfügung entgegengebracht, wir haben sie gebeten, abzulassen von ihrem wahnsinnigen Tun, es scheint umsonst zu sein.

Der Schicksal wird immer größer. Die Bergweissung unserer Mitbrüder und Genossen greift immer mehr um sich. Niemand bringt uns Hilfe und Rettung. Wir haben keine Autorität mehr, an die wir uns noch wenden können, niemand will uns jetzt helfen. In unserer Bergweissung wenden wir uns an das Gewissen unserer Arbeitskollegen in der ganzen Welt. Mitarbeiter und Genossen, bergeht nicht; von unserer Hände Arbeit hängt im kommenden Winter das Schicksal Europas ab. Wir wollen arbeiten, wir wollen Frieden haben, aber wir wollen uns nicht durch den grenzenlosen polnischen Schicksal vernichten lassen. Darum bitten wir euch, helft uns in unserer Bergweissung, helft uns, solange noch Aussicht auf Rettung vorhanden ist! Helft uns!

Sozialpolitisches.

Die Gesamtzahl der unterrichteten Erwerbslosen im Reich ist auch in der Zeit vom 1. bis 16. August weiter gewachsen. Allerdings ist die Zunahme der Erwerbslosenzahl geringer als in den beiden letzten Juliwochen. Bemerkenswert ist, daß trotz der Erhöhung der Gesamtzahl der Erwerbslosen die Zahl der weiblichen Erwerbslosen um über 1000 abgenommen hat. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 16. August 1920 304 048, die der weiblichen Erwerbslosen 107 525, also insgesamt 411 573, gegenüber 404 288 am 1. August und 359 618 am 16. Juli 1920. Daraus kommen 871 599 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfangen unterstellt werden. Die Gesamtzahl der unterrichteten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande in der 1. Februarwoche dieses Jahres.

Verschiedenes.

Eine studentische Produktivgenossenschaft. In Berlin soll am 1. Oktober d. J. als Hilfsmaß für die wirtschaftlich-schwachen Studenten eine freie studentische Produktivgenossenschaft ihre Arbeit beginnen. Studenten aller Hoch- und Kunstschulen werden ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit zur Mitarbeit aufgerufen. Der Deutsche Hochschulbund, die Freideutsche Gruppe und der Sozialistische

Studentenbund sagten ihre Mitarbeit zu. Als Arbeitsebene tritt eine gemeinnützige Gesellschaft ein, welche in den Räumen der Kraftfabrik in Langhagen für diesen Zweck Werkstätten einrichtet plant; sie stellt sämtliche Produktionsmittel sowie zunächst das technische Meisterpersonal zur Verfügung und regelt alle Angelegenheiten der Verwaltung und des Absatzes auf eigene Rechnung, doch im festen Zusammenhange mit einem Arbeitererrat. Begehrte werden nicht nur, sondern gemeinnützige Bedarfsgegenstände des Haushaltes; eine Abteilung für Spielzeug nach dem Montessori-System, die mit harter Spornmöglichkeit rechnen darf, so angegliedert werden. Die studentischen Arbeitnehmer arbeiten vier Stunden täglich bei tarifmäßiger Entlohnung und haben je nach ihrer Anlage die Möglichkeit, in technisch-künstlerisch führende Stellen des Betriebes aufzusteigen. Die das Anlernen der einzelnen Arbeitnehmer werden besonders Methoden und Maschinen ausgestellt werden.

Nach den aufgestellten Berechnungen wird die vierstündige Arbeitszeit dem Arbeitnehmer so viel Gehalt liefern, daß er alle materiellen Lebensnotwendigkeiten bestreiten kann, falls sie ihm in einem rationell wirtschaftenden Gemeinschaftsbetriebe geboten werden. Deshalb soll ein Teil der Langhager Kraftfabrik für Wohn-, Studien- und Wirtschaftsraum ausgeteilt werden, in denen die Produktionsgenossenschaft als Wirtschaftsgenossenschaft ihren Lebensunterhalt bestreitet, um so die äußerste Verbilligung der Lebensführung zu erreichen. Für weibliche Studierende ist eine Textilverwertungsstelle nach dem System von Edith Klausner geplant. Bisher späterhin andere Handwerks- und Industriegebiete für die studentische Produktionsgemeinschaft in Frage kommen, so daß der einzelnen nach Anlage und Neigung unter ihnen wählen kann, muß der Entwicklung vorbehalten bleiben. Für den Anfang stellt die Holzverwertungsbetriebe als besonders günstig dar, weil die Nachfrage nach Holzverwertungsarbeiten das Angebot bei weitem übersteigt, so daß die Studenten den gemerkschaftlichen Arbeitnehmern der Holzverwertungsindustrie Konkurrenz machen, und weil die Holzbearbeitung den überfremden Organen alle Gelegenheiten zur Beteiligungs- und Kräftigung gibt, ohne sie so zu erschöpfen, daß die geistige Frische und Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wird.

Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung „Die Mappe“. Illustrierte Zeitschrift für Malerei. Verlag Georg D. W. Callwey in München. Von der bekannten Zeitschrift liegt das Septemberheft vor, das außer dem reichhaltigen typischen Teil die Tafeln enthält: Tafel 26: Immer mit Grotte, entworfen von M. Reichelt d. J. in Selpa i. U., Tafel 27: Papageien, entworfen von Karl Sommer in Oeding; Tafel 28: Auf der Weide, Studie für Bauernküben, entworfen von Prof. Karl Leibig in München; Tafel 29: Schilf, nach alten Kupferstichen.

Literarisches.

Die kommunistische Schule, Schulprogramm der freikommunistischen Jugend (Entwurf) mit einem Vorwort von Edwin Herold. Preis 1,50 M. Verlag „Junge Garde“, Berlin O 2, Stralauer Straße 12.

„Die Glocke.“ Herausgegeben von Harms. Erscheint wöchentlich. Preis der Einzelnummer 1 M. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

Sterbetafel.

Hamburg. Am 5. September starb unser langjähriger Mitglieb und treuer Kollege Nikolaus Korn im Alter von 66 Jahren infolge Unfalls.
Erhe seinem Andenken!

Die Woche vom 19. bis 25. September 1920 ist die 38. Beitragswoche.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Dampfe oder als Nebenberuf, der sich sofort meine Buchhaberpause zur Inanspruchnahme der ersten Monatsmalerei sowie auch zur Herstellung von Malatmaterialien aller Art zuwenden läßt. Mit Hilfe meiner Buchhaberpause kann jedermann sofort die feinsten Glas- und Malatmaterialien herstellen. Besonders sehr wertvoll sind die ganz neuen Mineralien-Glasmalatmaterialien, die etwas ganz Neues und wirklich Formloses sind. Diese Serie Buchhaberpause, bestehend aus 16 Doppelblättern (jedes Blatt mit 26 großen und 26 kleinen Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 4 verschiedenen Größen von 1/2 bis 2 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungen in 4 verschiedenen Größen, stellt fertiges Malatbild im Werte von 2,50 M., einem hohen Goldsolten und einem hohen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serie nur 17 M. gegen Nachnahme, oder gegen Einzahlung von 10 M. Barzahlung. Albert Hutmacher, Maler, Olden i. Mittelalt.

Abendkurse
für Kunst u. Marmorarbeiten, auch für Kriegsgeschädigte, unter Fr. Popp, Hamburg, Spandauerstr. 27, Ost. Anmeldungen täglich.

Firnis,
Zack, Helm, Schellack samt allen anderen Firnissen
Vertrieb: Chemische Produkte, Berlin O 24, Wilhelm-Strasse 20, Köpenickerstr. 71/72.

Wilhelm Walter
Ole, Lacke, Seime
Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer.
Hamburg, Barckstraße 72. Geschäftzeit von 8 bis 4 Uhr.

Seber Kollege
bietet sich einen Probierband
Der Dekorationsmaler
zu einem Probierband mit 10 farbigen Aufträgen, Preis 5 M. bei Vorzahlung des Betrages.
Quellen-Verlag,
München 39.

Zürcherer
aus Celluloid
kauft man bei Eduard Isemann
Bruchsal i. Baden. — Telefon 70.

Moderna Farbpaletten
Praktisch schnell arbeitende, vornehme Farbpaletten sofort erwerblich. Enthält herrliche Farbpaletten, Angaben über Mischen, Verwend. u. Haltbarkeit. Preis 5 M. (per Nachn.)
C. Neack, Nürnberg, Frankfurterstr.

Bücherei des Malers
Geschichte der Dekorationsmalerei als Gewerbe
Der Maler und Malerlehrling
2. Auflage.
a seine Bindende
zusammen 20 M. ohne Porto.
Dieses Billige Verlag,
Hamburg 22.

Pinself
u. Strichbürsten jeder Art
für Maler u. Handwerker
fertig mit Zahnen am vollständigen
H. W. Witto, Berlin,
Hufelandstr. 42. Tel.: Alx. 392.

Prima Lederleim,
solange Bezugsquellen, gegen
Bezugsgeld, sofort frei, in großen
und kleinen Mengen, von 50 kg an,
zu 24 M. per 100 kg zu verkaufen.
Anfragen erbeten unter H. V. 1789
an Rudolf Mosse, Hamburg.

Ein lohnender Beruf für Maler
bietet sich b. Teilnahme an b.
1. Monats-Spezialkursen in b.
Sohn, Marmor, Gipsarbeiten,
Blatt u. Dekorationsmalerei,
Malerei beim Maler-Kon-
zert „Schott“. Seit 1900
gut bewährt. Während
behördliche Gutachten. Be-
ginn dieser Kurse 1. Oktober.
Für Kriegsgeschädigte be-
sonders günstige Schulgeb-
ühren. Körperlich l. Arbeit.
Ausführliche Auskunft (auch
über Meister- und Gesellen-
prüfung) und Prospekt (auch
l. nichtkriegsbesch. Schüler b.
Wintersemester) kostenfrei durch b.
Mehlener'sche Maler-
Lehrschule, Scherwin i. M. S.

Malerschule Buxtehude
gegr. 1877.
Kriegsgeschädigten-Kurs.
Größte Schule für Dekorations-
malerei!
Goldene Medaillen u. Ehrenpreise.
Prospekt durch die Direktion.
Nr. 36 des „Correspondenz-
blatt“ liegt heute bei.